



VOLKSINITIATIVE

"40 Waffenplätze sind genug –
Umweltschutz auch beim Militär"

**Ja sagen
genügt nicht:**

**Jetzt
brauchen wir
Engagement!**

40 Waffenplätze:

Aarau, Airolo, Andermatt, Bière, Bremgarten, Brugg, Bure, Chamblon, Chur, Colombier, Drogens, Dübendorf, Emmen, Frauenfeld, Fribourg, Genève, Herisau/Gossau, Isonne, Kloten/Bülach, Liestal, Losone, Luzern, Lyss, Mels/Heiligkreuz, Monte Ceneri, Moudon, Payerne, Reppischtal, Rothenthurm, Sand/Schönbühl, Schwyz/Goldau, Sion, St.Luzisteig, St-Maurice, Thun, Vallorbe, Walenstadt Wangen a.A., Wil (Stans), Worblaufen

Genug? Genug!

Sie sind überzeugt:

Auch die Armee muss dem Umweltschutz stärkere Beachtung schenken. Deshalb sind Sie dafür, dass keine neuen Waffenplätze mehr gebaut werden. Noch in diesem Jahr soll über die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug. Umweltschutz auch beim Militär» abgestimmt werden. Was Sie tun können, damit Volk und Stände Ja sagen?

Sie werben für die Initiative

In der Urne zählt jede Stimme einfach. Ihre Stimme kann aber vielfache Wirkung zeigen: Sprechen Sie mit Ihren Kollegen und Kolleginnen am Arbeitsplatz, mit Ihrer Familie zu Hause oder mit Freunden und Freundinnen in der Beiz über die Initiative. Und helfen Sie uns, im Vorfeld der Abstimmung die Öffentlichkeit umfassend zu informieren.





**VOLKSINITIATIVE
"40 WAFFENPLÄTZE
SIND GENUG –
UMWELTSCHUTZ AUCH
BEIM MILITÄR"**

Der zweite Einzahlungsschein ist für Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten – für alle, die nicht nur Ja sagen wollen, sondern sich für ein Ja zur Initiative auch engagieren möchten.

Sie spenden

Die erfolgreiche Rothenthurm-Initiative hat gezeigt: Das Stimmvolk steht neuen EMD-Bauten kritisch gegenüber. Das wissen auch die Gegner dieses Volksbegehrens, und daher ist mit einer aufwendigen Gegenkampagne zu rechnen. Damit wir unser Anliegen trotzdem an den Mann und an die Frau bringen können, müssen wir rund eine Million Franken einsetzen und sind deshalb auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Bitte verwenden Sie für Ihren Beitrag einen der beiden Einzahlungsscheine dieses Faltblattes. Da die Abstimmungs-Vorbereitungen bereits angelaufen sind, stehen schon heute zahlreiche Ausgaben an – wir danken Ihnen deshalb für die rasche Überweisung.

Sie geben Ihre Stimme

Letztlich helfen aber weder Engagement noch finanzielle Hilfe, den Bau weiterer Kasernen und Waffenplätze zu verhindern. Nur wenn wirklich alle, die sich dem Initiativtext anschliessen können, ein Ja in die Urne legen, wird ein Erfolg möglich sein. Ob Sie zu den regelmässigen Urnengängern und Urnengängerinnen gehören oder ob Sie nur sporadisch von Ihren politischen Rechten Gebrauch machen: Diese Volksinitiative ist eine Chance, Farbe zu bekennen für einen vernünftigen Umgang mit unserer Umwelt.





VOLKSINITIATIVE
"40 WAFFENPLÄTZE
SIND GENUG –
UMWELTSCHUTZ AUCH
BEIM MILITÄR"

Initiativtext

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 22 Abs. 3 und 4 BV (neu)

Abs. 3: Militärische Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätze dürfen weder neu errichtet noch erweitert werden.

Abs. 4: Militärische Anlagen stehen den zivilen gleich. Bau und Betrieb richten sich nach der eidgenössischen und der kantonalen Gesetzgebung über den Schutz der Umwelt, die Raumplanung und die Baupolizei.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 19 (neu)

1. Artikel 22 Absätze 3 und 4 tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

2. Soweit der Waffenplatz Herisau-Gossau im Gebiet Neuchlen-Anschwilen nach dem 1. April 1990 ausgebaut wird, ist der frühere Zustand wiederherzustellen.



Gegen den Bau weiterer Waffenplätze und für mehr Umweltschutz beim Militär – warum?

Die Initiative will...

...der Umwelt dienen

Die Verbauung von Landschaften oder die Verschmutzung von Luft und Gewässern sind brutale Angriffe auf die Umwelt. Die Armee darf Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen nicht zerstören – auch nicht mit der Begründung, diese vor anderen Angriffen schützen zu wollen.

...für mehr Demokratie sorgen

Das Militär geniesst in der Schweiz Privilegien: Zonenpläne, Bauauflagen, Luftreinhalteverordnung, Lärmschutz und weitere Umweltschutzbestimmungen sind für das EMD nicht verbindlich. Mit der Initiative soll auch die Armee dem zivilen Recht unterstellt werden – wie es der ältesten Demokratie Europas würdig ist.

...die Kostenspirale stoppen

Rund 400 Millionen Franken investierte das EMD jährlich für militärische Bauten. Die Schweiz kann sich derartige Ausgaben nicht mehr leisten. Sie braucht das Geld für die dringende Lösung sozialer und umweltpolitischer Probleme.

...Unsinnigkeiten verhindern

Die EMD-Rechnung geht nicht auf: Eine redimensionierte Armee benötigt nicht mehr Waffen- und Übungsplätze, als es bereits gibt. Mit der Armee reform 95 werden die Rekrutenschulen verkürzt und die Truppenbestände um einen Drittel reduziert. Die logische Konsequenz wäre die Schliessung veralteter Kasernen – und nicht der Bau von neuen.

Und deshalb: Ja sagen.

